



Claus Schaffer anlässlich der Forderung der FDP-Fraktion nach „schnellstmöglicher Aufklärung“ der „Rote Hilfe e.V.“-Veranstaltung vom 3. März an der Uni Kiel:

„Ein glaubwürdiges Signal gegen Linksextremismus sendet Jamaika weiterhin nicht aus“

Kiel, 10. März 2020 **Christopher Vogt, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, hat gestern die Universität Kiel und deren AStA in einer Pressemitteilung aufgefordert, „schnellstmöglich“ aufzuklären, wie es zu der Veranstaltung gekommen ist, die der linksextremistische Verein „Rote Hilfe e.V.“ am 3. März in einem Hörsaal der CAU durchgeführt hat. Claus Schaffer, innen- und rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Vier Tage, nachdem die AfD-Fraktion die Veranstaltung des vom Verfassungsschutz beobachteten Vereins *Rote Hilfe* an der Uni Kiel gerügt und Bildungsministerin Prien aufgefordert hat, sicherzustellen, dass die Hochschulen des Landes extremistischen Gruppen kein Forum mehr bieten, ist jetzt also die FDP-Fraktion aufgewacht und erklärt: *„Eine linksextremistische Organisation (sollte) keine Plattform an einer öffentlichen Einrichtung bekommen ...“*. Potzblitz – das ging ja schnell.

Immerhin hat damit jetzt die kleinste der regierungstragenden Fraktionen bekundet, dass linksextremistischen Gruppierungen an Hochschulen kein Raum mehr geboten werden *sollte*. Dass diese zaghafte Position innerhalb Jamaikas jedoch tatsächlich mehrheitsfähig ist, muss bezweifelt werden. Denn Bildungsministerin Prien und Innenminister Grote, beide von der CDU, schweigen sich zu dem Thema weiterhin aus – genauso wie DIE GRÜNEN.

Ein glaubwürdiges Signal der Landesregierung, sich ernsthaft gegen Linksextremismus in Schleswig-Holstein einsetzen zu wollen, ist das nicht – im Gegenteil. Der Eindruck, dass Jamaika auf dem linken Auge tatsächlich blind ist, wird sogar noch durch einen aktuellen Antrag verstärkt, den CDU, GRÜNE und FDP unter dem Titel *Für Demokratie – Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror* zum nächsten Plenum eingebracht haben. Denn auch in diesem ist von Linksextremismus und dessen Opfern nirgends die Rede.

Dass Christopher Vogt in seiner Pressemitteilung die fehlgehende Meinung vertritt, die AfD habe erst *neuerdings* ein Problem mit extremistischen Organisationen, schlägt in dieselbe Kerbe. Denn nicht nur, dass die AfD tatsächlich seit ihrer Gründung gegen jede Form von Extremismus eintritt; ihre Mitglieder und Mandatsträger sind ihrerseits ebenso lange schon Ziel linksextremistischer Angriffe.

Etwas anderes zu suggerieren, dient offensichtlich nur dazu, der AfD das Recht abzusprechen, linksextremistische Aktivitäten – wie etwa an den Hochschulen – anzuprangern und von der Landesregierung Abhilfe einzufordern. Das ist ebenso durchsichtig, wie undemokratisch. Denn die Regierung aufzufordern, vom Verfassungsschutz beobachtete Extremisten zu bekämpfen, ist nicht nur das gute Recht, sondern auch die Pflicht eines jeden Demokraten.“

Weitere Informationen:

- **Pressemitteilung von Claus Schaffer** „Das brüllende Schweigen der CDU-Minister bestätigt, dass Jamaika auf dem linken Auge blind ist“ vom **9. März 2020**:
<http://www.ltsh.de/pressticker/2020-03/09/14-26-57-0d04/PI-XmZEIQ0E-afd.pdf>
- **Pressemitteilung von Dr. Frank Brodehl** „Linksextremisten wird an den Unis Schleswig-Holsteins weiter ein Forum geboten – das muss ein Ende haben“ vom **5. März 2020**:
<http://www.ltsh.de/pressticker/2020-03/05/13-54-43-1d56/PI-XmD2kx1W-afd.pdf>
- **Pressemitteilung von Dr. Frank Brodehl** „Ministerin Prien darf an unseren Hochschulen Linksextremisten kein Forum mehr bieten“ vom **8. November 2019**:
<http://www.ltsh.de/pressticker/2019-11/08/12-32-29-0902/PI-XcVSTQkC-afd.pdf>